Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 148 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 14. April

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2.50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Neueste Tagesnachrichten

* Die Franzosen haben, trotz der politischen Niederlage Millerands, die Besetzung auf den ganzen Hanauer Kreis ausgedehnt.

* Die französischen Gewerkschaften haben mit 21 gegen 5 Stimmen den Generalstreik beschlossen, wenn die Regierung die gestellten Forderungen der Gewerkschaften nicht innerhalb 24 Stunden erfüllen sollte.

* Die französische Prämienanleihe erbrachte 15 Milliarden 700 Millionen Franken.

* Die Besprechungen zwischen Nitti und Renner ergaben eine Uebereinstimmung der Interessen zwischen Italien und Oesterreich.

* Der amerikanische Eisenbahnerstreik nimmt immer größere Ausdehnung an. Bisher streiken 40 000 Eisenbahnbeamte.

Die Besetzung des Vogtlandes

Leipzig, 13. April.

Von dem Befehlshaber des Wehrkreises 4, Generalleutnant von Stolzmann, ist folgender Aufruf an die Bevölkerung bekannt gegeben worden:

An die Bevölkerung!

Auf Ersuchen der sächsischen Regierung ist die Reichswehr beauftragt worden, die Mißwirtschaft des Verbrechers Hölz zu beseitigen und den verfassungsmäßigen Zustand im Vogtlande wieder herzustellen. Mit der Durchführung dieser Aufgabe habe ich den Kommandeur der Reichswehrbrigade 19, Generalmajor Senfft v. Pilsach, mit den ihm unterstellten Truppen beauftragt. Die militärischen Maßnahmen richten sich also in keiner Weise gegen die ruhige und friedliebende Bevölkerung, sondern sollen diese vielmehr vor dem Terror und dem Räuberunwesen des Hölz befreien. Im besonderen die Arbeiterschaft bitte ich, die Truppen bei diesem die eigenen Interessen der Arbeiterschaft verfolgenden Auftrage zu unterstützen und ihr freundlich entgegenzutreten.

Dresden, 10. April.

Der Befehlshaber des Wehrkreises 4.
J. A.: von Stolzmann, Generalleutnant."

Auf Anordnung der Regierung sind unter Führung des Generalmajors Senfft von Pilsach gestellten Truppen in Westsachsen eingerückt, um dieses Gebiet von der Schreckensherrschaft einiger Räuber zu befreien. Diese Banden zur Niederlegung der Waffen zu zwingen und der Regierung im ganzen Bezirk wieder die verfassungsmäßige Geltung zu verschaffen, ist der Zweck der Unternehmung. Es wird nur dort eingegriffen und von der Waffe Gebrauch gemacht werden, wo dem Unternehmen mit Waffengewalt entgegengetreten wird.

Ueber die Kreishauptmannschaft Zwickau ist mit Beginn der Unternehmung gegen das Vogtland der Ausnahmezustand verhängt worden.

In Glauchau, wo nach Rücktritt des bisherigen Vollzugsrates der Kommunist Nadler einen neuen Vollzugsrat gebildet hat, dem auch ein Zuchthäusler angehört, sind Brandkommissionen gebildet worden. Es bahnen sich die Falkenstener Verhältnisse an.

Unter Klingendem Spiel sind heute, von Hof kommend, Reichswehrtruppen kampflos in Oelsnitz eingezogen. Die öffentlichen Gebäude wurden sofort besetzt.

Der Kommunist Hölz kam gestern in Begleitung dreier Genossen im Automobil von Bad Elster und versuchte, bei Grün über die böhmische Grenze zu gelangen. Dieser Versuch mißglückte jedoch. Zwei der Autoinsassen wurden von der Grenzgendarmerie verhaftet, während es Hölz und dem vierten Mann gelang, wieder nach Bad Elster zurückzukehren. Die beiden Festgenommenen wurden nach Hof gebracht.

In Plauen, wo gestern noch von Beauftragten des Hölz eine Million Mark erpreßt wurde, ist die Lage ruhig. Rote Gardisten haben sich nicht mehr gezeigt.

Als Regierungskommissar ist dem Stabe der Reichswehrbrigade 19 von der Regierung Otto Schultz beigegeben worden.

Plauen i. V., 13. April.

Die gestern abend verbreitete Meldung über die Auslieferung der von Hölz erpreßten Million stellt sich als ungenau heraus. Das von Hölz zur Abholung des Geldes nach Plauen geschickte Automobil ist hier nicht eingetroffen. Darauf wurden die beiden Kassenbeamten der Klingenthaler Zweigstelle der Vogtländischen Bank heute vormittag mit dem Gelde auf die Fahrt nach Klingenthal gesandt. Sie wurden aber in Oelsnitz von der Reichswehr angehalten. Hölz hat nun heute vormittag in Klingenthal 15 dortige Bürger zu einer Versammlung in das Rathaus geladen und hält sie dort fest. Er droht, bis zum Aeußersten gehen zu wollen, wenn er das Geld nicht erhalte.

(Siehe auch 2. Seite.)

Verleumderische Angriffe auf die Rechtsparteien

Besprechung der Regierungserklärung — Die Rechte protestiert gegen die Beschuldigungen des Reichsjustizministers

Verfassungswidrige Nationalversammlung

Berlin, 13. April.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 5 Min. Auf Anfrage D. Mumm (Dn.) wegen Abschaffung des Religionsunterrichts in Bremen wird regierungsseitig geantwortet, daß dieser Zustand mit dem Sinne der Reichsverfassung nicht im Einklang stehe. Die Regierung hat sich mit dem Bremer Senat ins Benehmen gesetzt.

Auf Anfrage Dr. Böhme-Magdeburg (Dem.) wegen Handhabung des Siedlungsgesetzes in Preußen, wonach der preußische Landwirtschaftsminister nicht gewillt sei, 10 Prozent des Domänenlandes zur Deckung bestehender Kleinbetriebe zur Verfügung zu stellen, wird regierungsseitig geantwortet, daß dies nicht zutreffend sei.

Auf Anfrage Frau Mende (D. Vpt.) wegen unerhörter Zustände im Schulwesen in Gotha wird regierungsseitig geantwortet, daß auf Anordnung des Reichspräsidenten ein Reichskommissar mit weitgehenden Vollmachten zur Prüfung und Abstellung der Mißstände nach Gotha entsandt worden sei.

Auf Anfrage Frau Zietz (U. S.) wegen Mißständen im Festungsgefängnis in Spandau wird regierungsseitig geantwortet, daß diese Klagen der Berechtigung nicht entbehren, daß jedoch von einer weitgehenden Verlausung nicht gesprochen werden kann. Berechtigten Beschwerden ist abgeholfen worden, neue Hemden werden ausgegeben.

Auf Anfrage Beuermann (D. Vpt.) wegen Schreckensregierung der Polen in Posen und Westpreußen wird regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung dauernd Gegenvorstellungen erhoben und Entschädigungen gefordert habe. Von Repressalien gegen Polen auf deutschem Gebiet sei bisher aus politischen Gründen abgesehen worden.

Auf Anfrage Löbe (Soz.) wegen Auszahlung der Gehaltsaufbesserung ab 1. April wird regierungsseitig geantwortet, daß die bis Ende März bewilligten erhöhten Teuerungszulagen weiter gezahlt werden sollen, ebenso die Kriegsbeihilfen.

Auf Anfrage Löbe (Soz.) wegen Veröffentlichung des Standes der schwebenden Schuld wird regierungsseitig geantwortet, daß diese Veröffentlichungen nächstens erfolgen sollen.

Auf Anfrage Frau Röhl (Soz.) wegen Verteuerung des Nähgarnes wird regierungsseitig geantwortet, daß, um wucherischer Ausbeutung vorzubeugen, der Kleinhandel überwacht wird, und daß Verhandlungen eingeleitet sind, um Industrie und Handwerk nach Möglichkeit zu versorgen.

Auf Anfrage Oberfohren (Dn.) wegen Unterbringung stellungsloser Seeleute der Handelsflotte wird regierungsseitig geantwortet, daß in dieser Beziehung alles Mögliche geschieht und sämtliche Reichsstellen ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, zur Abhilfe beizutragen.

Auf Anfrage Sagawe (Ztr.) wegen planmäßigen Ankaufs von Grundstücken durch Ausländer wird regierungsseitig geantwortet, daß ein Gesetzentwurf über diese Materie demnächst dem Reichsrat zugehen wird.

Es folgt die

Besprechung der Erklärung der Regierung,

verbunden mit der ersten Beratung des Notetats.

Abg. **von Payer** (Dem.) erklärt, seine Partei sei im allgemeinen mit der Regierungserklärung einverstanden. Sie begrüßt die Zurückweisung jeder Art von Nebenregierung.

Abg. **Hue** (Soz.): Die Bergarbeiter und Eisenbahner sind gewillt, Ueberstunden zu machen. Die Blutschuld der offenen und geheimen Kappisten muß immer wieder betont werden. Der Kapp-Putsch hätte ohne Waffengewalt erstickt werden können, wenn die Führer der Reichswehr der Mentalität der Bevölkerung besser Rechnung getragen hätten. In weiten Gebieten wurde das Bielefelder Abkommen von der Arbeiterschaft anerkannt, aber irreführende Nachrichten, auch vom W. T. B., erregten die Massen immer von neuem. Im sogenannten Wildwest, wo keine genossenschaftliche Disziplin herrscht, entglitten die Massen zuerst den Händen der Führer. Es war das Verhängnis der Unabhängigen, daß sie diese Zusammensetzung jener Arbeiterschaft nicht beachtet haben. Die Nachrichten über die Neubildung einer roten Armee sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. Die westdeutschen Arbeiter sind reichstreu. Nebenregierungen haben wir vor dem Kriege gehabt. Sie standen der Schwerindustrie nahe. Der Kapp-Putsch war nicht möglich ohne kapitalistische Unterstützung. Die Reichsregierung muß einschreiten gegen die Verschleuderung unserer Bodenschätze an ausländisches Kapital. Wann kommt das Reichsberggesetz? Die Republikanisierung der Reichswehr muß durchgeführt werden. Das Beste wäre, wir könnten alle Mordwaffen kurz und klein schlagen und ausrufen: Die Waffen nieder!

Abg. **Treimborn** (Ztr.): Der Geist der Versailler Verträge ist durch unsern Einmarsch in das neutrale Gebiet nicht verletzt. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Sein Verbrechen besteht darin, daß es noch existiert. Das beweisen die heute veröffentlichten „Richtlinien". Wir Rheinländer lehnen den rheinischen Pufferstaat ab. In zivile Aktionen soll das Militär sich nicht einmischen. Aber wenn einmal militärische Aktionen im Gange sind, dann soll sich die zivile Behörde nicht einmischen, sonst gibt es auch hier eine Nebenregierung. Herr Severing hat die besten Absichten, aber gegen seine Tätigkeit sind von meiner Partei in Westfalen schwere Bedenken laut geworden. Ein einseitiges Hervortreten sozialdemokratischer Anschauung in dem Vorgehen der Regierung im Ruhrgebiet verträgt sich nicht mit dem Geiste der Koalition. (Hört, hört!) Das Ruhrgebiet darf nicht vom militärischen Schutze entblößt werden. Die Waffenablieferung muß streng durchgeführt werden. Die vorgehenden Truppen müssen die nötigen Machtmittel haben. Eventuell müssen besondere Kriegsgerichte mit zivilen Beisitzern errichtet werden. Die staatliche Autorität muß jetzt nach rechts und links ihre Pflicht tun. Ein weichliches Begnadigungsrecht würde die Waffen der Truppe abstumpfen. Die Reichswehr hat sich im Ruhrgebiet große Verdienste erworben. Sie ist neben der Verfassung die wichtigste Säule des Reiches. Meine Kritik an der Koalitionsregierung entspringt der ehrlichen Absicht, diese Regierung zu stärken. Der Vorstoß Legiens bewegte sich in der Richtung, der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft im Staate eine Vorherrschaft zu schaffen. Eine reine Arbeiterregierung lehnen wir ab, auch unsere Arbeiter.

Reichskanzler **Müller**: Wir haben endauernd daran gearbeitet, das Programm, das ich vor 14 Tagen ausführte, in die Tat umzusetzen. Binnen kurzem hoffen wir, Ihnen die Vorlagen vorzulegen, die ich angekündigt habe. Aber in 14 Tagen können diese im Reichsrat und hier im Hause nicht erledigt werden. Wir haben mit der Gesamtheit der Alliierten verhandelt, daneben aber auch direkt mit der französischen Regierung, ebenso mit London und mit Rom. Ich habe keinen Zweifel, daß die Kommunisten seit langem auch im Ruhrgebiet etwas vorgehabt haben. Wenn der Kapp-Putsch nicht gekommen wäre, wäre es ein Kinderspiel gewesen, mit ihnen fertig zu werden. Die bolschewistische Bewegung verfolge ich aufmerksam. Den Räuberhauptmann Hölz kann man keiner Partei anhängen. Die Regierung hat eingegriffen, sobald die sächsische Regierung militärische Hilfe anforderte. (Lärm.) Wir verfolgen die Vorgänge in Pommern und in Schlesien sehr aufmerksam. Im Ruhrgebiet konnten wir nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages dann erst vorgehen, sobald wir die Ueberzeugung hatten, daß die gesamte Bevölkerung es verlangte. Bis dahin mußten wir eine friedliche Entspannung versuchen. Die Fristverlängerung erfolgte, weil die Frist von dem kommandierenden General zu kurz bemessen war.

Die höchste vollziehende Gewalt

ist jetzt überhaupt an die Oberpräsidenten usw. übergegangen. Das Ruhrgebiet ist für uns und für Europa so ungeheuer wichtig, daß Minister Severing seine höchst ersprießliche Tätigkeit dort noch fortsetzen muß. **Eine Militärdiktatur ist in Deutschland unmöglich.** Die Nebenregierung, komme sie, woher sie wolle, ist ebenso unmöglich. Die Forderungen der Gewerkschaften wurden uns von den Deputationen vorgetragen, die ich unter Hinzuziehung des Ressortministers genau so empfangen habe wie andere Deputationen. Ein Ultimatum ist uns nicht gestellt worden. Alle wichtigen Entscheidungen des Kabinetts sind ohne Parteirücksichten gefällt worden. Aus den Gebieten südlich der Ruhr haben wir dringende Bitten erhalten, auch von Gemeinden, von führenden Industriellen, nicht einzumarschieren. Der Einmarsch ohne zureichenden Grund würde uns auch internationale Schwierigkeiten bereiten. Wo keine Kampfhandlungen mehr stattfinden, muß es doch auch ohne Standrecht abgehen. Die außerordentlichen Kriegsgerichte werden vermehrt werden. Von einem wahllosen Begnadigungsrecht ist keine Rede. Die Kritiken aus den Kreisen der Koalitionsparteien möchte ich nicht missen, aber im Rahmen des Vertrauens, das die Parteien zur Regierung haben müssen.

Abg. Lattmann (deutschnat.):

Die Worte, die der Präsident gestern gegen die Uebergriffe der Entente richtete, fanden den stürmischen Beifall des ganzen Hauses. Schade, daß demgegenüber die Rede des Reichskanzlers eine reine Wahlagitationsrede war. (Große Unruhe links.) Das Interesse des Vaterlandes müßte allen über den Interessen der Parteien stehen. (Lebhafte ironische Zurufe links. Sehr richtig! rechts.) Die Behauptung, daß die Deutschnationalen an dem Kapp-Putsch beteiligt gewesen seien, ist nicht wahr. (Widerspruch links.) Von unserer Seite aus war die Regierung aufmerksam gemacht worden, aber die amtlichen Stellen erklärten, sie seien über alles unterrichtet. (Hört, hört! rechts.) Der Präsident des Hauses hat in Stuttgart feststellen können, daß sich alle Parteien in der Verurteilung des Kapp-Putsches einig waren.

Die Unruhen im Ruhrgebiet

sind aber keine Folgen des Kapp-Putsches. Diese bolschewistische Bewegung war seit langem vorbereitet. Wir verlangen die Beschlagnahme des Vermögens der Leute, die an der Bewegung im Ruhrgebiet die Schuld tragen. Die Verkündung des Generalstreiks ist für die Zukunft eine schwere Gefahr für das Volk. Das wird auch von Zentrumskreisen und wahrheitsliebenden Demokraten anerkannt. In einem Zentrumsblatt heißt es: „Die Regierung schleudert mit dem Generalstreik die Brandfackel in das eigene Haus." Und von demokratischer Seite wurde zugegeben, mit einem solchen Unternehmen erklärt sich die Regierung bankerott. Die Reichswehr brauchen wir. Aber wie geht die Regierung vor? Eine Abordnung der bayerischen Reichswehrmannschaften wurde von der Regierung nicht einmal empfangen. Der Reichskanzler hätte ruhig bekennen können: O, wenn wir nur den Militarismus noch hätten, dann hätten wir uns gegen den französischen Vormarsch wehren können. (Unruhe links.) Die Gefahr des Bolschewismus darf niemand unterschätzen. Ich hoffe, daß auch in den sogenannten Mehrheitsparteien noch soviel Vaterlandsgefühl ist, daß sie dem Volke zurufen, sich gegen diese Gefahr aufzuraffen. (Beifall rechts.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004141-12/fragment/page=0001

Reichswehrminister Geßler erklärt auf eine Bemerkung des Vorredners, daß es nicht wahr ist, daß eine Abordnung bayerischer Reichswehr nicht von der Regierung empfangen worden sein soll.

Reichsjustizminister Blunck: Seitens aller Reichsstellen ist alles geschehen, um die Kappisten zur rechtlichen Verantwortung zu ziehen. Der Minister wendet sich dann gegen die Deutsche Volkspartei und deren Haltung bei der Kapp-Affäre. Er verliest den Aufruf der Partei vom 13. März. (Stürmische Zwischenrufe; Glocke des Präsidenten; Zuruf von rechts: Lügen!) Bei dem Redakteur Schnitzler ist am 31. März bei einer Haussuchung ein vollständiger Organisationsplan des Putsches gefunden worden. (Die weiteren Ausführungen des Ministers über die Vorgeschichte des Putsches werden von andauerndem Lärm der Rechten unterbrochen; Glocke des Präsidenten. Beifall, Lärm und Pfuirufe.)

Abg. Dr. Most (D. Vpt.): Der Herr Minister scheint die Absicht gehabt zu haben, durch Art und Tun seiner Ausführungen jedes Zusammenarbeiten für die Zukunft unmöglich zu machen. Es ist eine ungeheuerliche Uebertreibung, zu behaupten, daß die Kappisten allein schuld seien am Aufruhr. Man rechnete im Ruhrrevier allgemein mit einem Aufstand. (Lärm links.) Der Generalstreik hat den Boden bereitet für die rote Armee. Das Streben nach der Militärdiktatur ist Hochverrat. Das Streben nach der Rätediktatur aber auch.

Reichsjustizminister **Blunck:** Schnitzler war ein Vertrauter Kapps und in der Preßstelle der Gardekavallerie-Schützendivision tätig. (Zurufe rechts: Was hat das mit den Rechtsparteien zu tun?) Die kritiklose Aufnahme gewisser Notizen in die Blätter untergräbt die Disziplin in der Reichswehr.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Fortsetzung.

Schluß: nach ½6 Uhr.

Ein Aufruf der sächsischen Regierung

Plauen i. V., 13. April.

Heute vormittag wurden von einem Flieger Flugblätter abgeworfen, die folgenden Wortlaut haben:

„An die Bevölkerung! Zur allgemeinen Beruhigung wird mitgeteilt, daß die Aufgabe der Truppen darin besteht, das Vogtland von der Gefahr zu befreien, in die ein Hölz die Bevölkerung gebracht hat. Es gilt zu verhindern, daß Hölz seine Drohung mit Mord, Brand und Plünderung wahr machen kann. Es gilt zu verhüten, daß Hölz die vogtländische Industrie völlig vernichtet und damit Elend und Untergang für die arbeitende Bevölkerung heraufbeschwört. Nicht gegen die Arbeiter, sondern zu ihrem und aller Schutze kommen die Angehörigen der Reichswehr ins Vogtland. Darum bitten wir, ihnen Vertrauen zu schenken und sie nach besten Kräften zu unterstützen."

Das Flugblatt ist von den Mitgliedern der sächsischen Regierung unterzeichnet.

Meerane, 13. April.

Heute früh sind hier sämtliche Banken und Kassenstellen einschließlich der Reichsbanknebenstelle geschlossen worden. Auch der Geldpostverkehr ist eingestellt. Wie verlautet, soll diese Maßnahme mit der Befürchtung eines Angriffes bewaffneter Banden aus dem Vogtlande zusammenhängen.

Kommunistische Gewaltherrschaft

Glauchau, 13. April.

In einer heute mittag stattgefundenen Sitzung des hiesigen Vollzugsrates legten die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Mitglieder ihre Aemter nieder. Sie veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt, daß sie ihre Aemter niederlegen, da sich die Arbeiterwehr den Beschlüssen des Vollzugsrates nicht fügt, der Vollzugsrat aber für die Handlungen der Arbeiterwehr nicht mehr einstehen könne. Damit liegt die Gewalt allein in den Händen der Kommunisten. In der Stadt verbreiten sich verschiedene Gerüchte über geplante Brandaktionen. Die Arbeitgeber sind für heute nachmittag von dem Führer der Kommunisten zu einer Versammlung einberufen worden, zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Rote Garde. Nichterscheinen soll schwerste Strafe nach sich ziehen. In der Einwohnerschaft herrscht starke Beunruhigung. Die Kommunisten sollen bewaffneten Widerstand gegen anrückende Reichswehrtruppen planen.

Sympathiestreik für Bubendorf

Dresden, 13. April.

Die Braunkohlenarbeiter des Bornaer Bezirks sind in den Streik getreten. Ueber die Gründe erfahren wir: Nachdem das Oberlandesgericht Dresden die einstweilige Verfügung des Landgerichts Leipzig bestätigt hatte, durch die dem vom Staatsministerium eingesetzten Zwangsverwalter des Bubendorfer Kohlenwerks verboten wurde, sein Amt weiter auszuüben, ist das Arbeitsministerium genötigt, die von ihm verhängte Zwangsverwaltung aufzuheben. Obwohl der Besitzer des Bubendorfer Werkes durch das Gerichtsurteil seinen Zweck erreicht hatte, unterließ er es trotzdem, das Werk weiterzuführen. Die Belegschaft wurde somit arbeitslos. Jetzt haben sich die Belegschaften des gesamten Bornaer Braunkohlenbezirks mit der Bubendorfer Belegschaft solidarisch und für den Streik erklärt mit der Forderung, daß schleunigst gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die eine Zwangsverwaltung des Bubendorfer Werkes durch den Staat ermöglichen.

Weitere Ausdehnung der Besetzung

Wie aus Darmstadt gemeldet wird, ist es dort neuerlich zu einem Zwischenfall gekommen. Der französische Kommandant hatte auf dem von ihm bewohnten Hause eine französische Fahne gehißt. Die hessische Regierung erhob dagegen sofort schriftlichen Protest, in dem sie darauf hinwies, daß das Hissen der Trikolore ein Eingriff in ihre Hoheitsrechte sei. Der französische Verwaltungsoffizier gab daraufhin eine schriftliche Erklärung ab, daß dem Kommandanten jede provokatorische Absicht ferngelegen hätte. Die französische Fahne wurde am nächsten Morgen nicht mehr aufgezogen.

Große Schwierigkeiten erwachsen der Geschäftswelt durch die Verschärfung der Paßbestimmungen. Ein geordneter Geschäftsverkehr wird dadurch nahezu unmöglich. Alle Proteste hiergegen waren bisher erfolglos.

Laut Meldung aus Hanau erfolgte heute früh die weitere Besetzung des Kreises Hanau bis zur Bahnlinie Hanau—Friedberg. Die Bevölkerung verhielt sich trotz der begreiflichen Erregung, in der sie sich befand, sehr zurückhaltend. Die Franzosen verhafteten sofort die grüne Polizei und transportierten sie nach Griesheim. Sie beschlagnahmten sämtliche Waffen, die zur Ausrüstung von Einwohnerwehren und für polizeiliche Zwecke gesammelt waren und beschlagnahmten außerdem 50 Pferde. Die berlassene Kaserne ist stark verwüstet. Die Franzosen erbrachen sämtliche Schränke und Türen und erklärten alle Lebensmittel, die sie vorfanden, für beschlagnahmt.

Amsterdam, 13. April.

Dem „Algemeen Handelsblaat" wird aus Frankfurt gemeldet: Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die französische Regierung beabsichtige, auch Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe in den nächsten Tagen zu besetzen.

Wie wir von zuständiger Stelle hierzu erfahren, ist von einem geplanten weiteren Vormarsch der Franzosen noch nichts bekannt. Man glaubt auch nicht, daß die Besetzung noch anderer deutscher Städte beabsichtigt sein soll.

Basel, 13. April.

Der Pariser „Temps" meldet:

Der französische Ministerrat bewilligte einen Kredit von 20 Mill. Franken zu Lasten der Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland. Dieser Kredit ist für die militärischen Notwendigkeiten in Frankfurt und dem besetzten neutralen Gebiet bestimmt.

Das Versprechen der Räumung

Paris, 13. April.

Ministerpräsident Millerand wird, wie die Blätter melden, heute vormittag in der Kammer eine Erklärung über die Ereignisse im Ruhrgebiet und über die Besetzung von Frankfurt am Main und der anderen Städte im Maingau abgeben.

Die Blätter stellen ferner fest, daß anzunehmen ist, daß der englisch-französische Zwischenfall als erledigt angesehen werden könne. Der englische Botschafter Lord Derby habe gestern nachmittag nochmals versichert, daß die Städte Darmstadt und Frankfurt zu gleicher Zeit mit den Städten Hanau, Dieburg und Homburg geräumt würden und nicht etwa staffelweise. Des ferneren habe sich Lord Derby bestätigen lassen, daß die Räumung erfolgt, sobald die über das Augustabkommen hinaus in das Ruhrgebiet einmarschierten Truppen die neutrale Zone verlassen haben.

Spaltung in der Zentrumspartei

(Von unserem hi-Sonderberichterstatter.)

Köln, 13. April

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Rheinische Zeitung". Die latente Krise, die trotz aller Absplitterungsversuche die Zentrumspartei seit den Novembertagen 1918 erfahren hat, scheint nunmehr in ein entscheidendes Stadium treten zu wollen. Jetzt sind in der Zentrumsorganisation gegenwärtig starke Spaltungen am Werk, die auf eine Abjonderung von der Zentrumspartei hinarbeiten. Ihnen ist die alte Zentrumspartei nicht konservativ genug geblieben. Sie werfen der Parteileitung vor, die Grundsätze des Zentrums aufgegeben zu haben. Die Gefahr der Spaltung muß bereits sehr groß sein, denn auch die „Rheinische Volkswarte" geht in einem Artikel in ihrer Montagausgabe auf die Trennungsbestrebungen ein. Unter der Ueberschrift „Schluß mit dem Versteckspiel" schreibt das Blatt: Man raune, Gerüchte aller Art durchschwirren die Zentrumspartei. Es sollen wohlmeinende, aber kurzsichtige Kräfte am Werke sein, eine neue Partei zu gründen. Eine katholische Volkspartei oder eine christliche Volkspartei, aber Ablösung von der Zentrumspartei, weil man mit dieser nicht zufrieden ist. Man wirft ihnen vor, sie ließen sich zu sehr von Gefühlspolitik leiten. Auch sei bei vielen politischen Führern die Triebfeder ihres Handelns. Andere Spaltungspolitiker besprechen sich nach der Trennung Förderung ihrer materiellen Lage und eine vierte Kategorie gab auf breiter politischer Plattform ihre rheinischen Sonderwünsche dar.

Die Unsicherheit im Wuppertal

Münster, 13. April.

Ueber die Lage im Wuppertal wird von militärischer Seite berichtet: Tausende ehemaliger Notgardisten haben sich in das Wuppertal unter seine Umgebung geflüchtet und warten dort auf einen für ihre Zwecke günstigen Zeitpunkt. Es herrscht infolgedessen überall große Unsicherheit. Einbrüche, Bandendiebstähle, Raub und Plünderung sind an der Tagesordnung. Besonders frech benehmen sich einige Banden am Rande der Wupperstädte. Sie überfallen Wäschereien, einzeln stehende Häuser und Bauerngehöfte, um Wäsche, Kleider, Lebensmittel und Geld zu erpressen. Das Raubgesindel ist teilweise vornehm gekleidet und oft nicht einmal der deutschen Sprache mächtig. Auch in den Städten kommt es bisweilen zu Schießereien mit Notgardisten. Die gesamte Bürgerschaft und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter hat das ganze Treiben satt. Eine Waffenabgabe hat im Wuppertal kaum stattgefunden. Die abgelieferten Waffen sind unbrauchbar. Zurzeit werden zahlreiche, von den roten Truppen requirierte Personen- und Lastautos nach Holland verschoben.

Essen (Ruhr), 13. April.

Die fünf großen Eisenbahnerverbände erklärten, wenn die Regierung dem Druck von links weiter nachgebe und das Industriegebiet wieder ohne Schutz lasse, müßten die Eisenbahner zur eigenen Sicherheit und für den Westen Deutschlands zur Selbsthilfe greifen. Die Arbeitsgemeinschaft soll alles für einen Kampf vorbereiten, wenn sich die Vorkommnisse der letzten Wochen wiederholen sollten.

Preußische Generalsynode

Der Evangelische Oberkirchenrat hat der Generalsynode verschiedene Mitteilungen zugehen lassen. Zunächst über die Umgestaltung der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung. Es ist bereits bekannt, daß der Evangelische Oberkirchenrat diese Umgestaltung sehr entschieden ablehnt. Er schließt seine Mitteilung, daß die Beschlüsse der beiden westlichen Provinzialsynoden nicht vereinbar mit der Einheit der Landeskirche in bezug auf Verfassung und Verwaltung seien und daß ihnen deshalb die kirchenregimentliche Genehmigung versagt werden müßte. Die endgültige Entscheidung habe die Generalsynode. Da aber die beabsichtigte Neuordnung außerdem eine Vorwegnahme eines wesentlichen Teiles der Neuregelung der kirchlichen Verfassung zugunsten der westlichen Provinzen bedeuten würde, so empfehle es sich, wenn die Generalsynode die ganze Angelegenheit der Verfassunggebenden Kirchenversammlung als Material überweisen würde. — Eine weitere Mitteilung betrifft den engeren Zusammenschluß der ebangelischen Landeskirchen, wie er bekanntlich vom Deutschen Evangelischen Kirchentage durch einen Bund der deutschen evangelischen Landeskirchen in die Wege geleitet wurde. Die Vorarbeiten für den Bundesvertrag seien im Gange, könnten aber erst beendet werden, wenn die Verfassungen der Landeskirchen in ihrer Umgestaltung zu einem gewissen Abschluß gelangt sein würden. Der Evangelische Oberkirchenrat begrüßt den Gang der Entwicklung, die durchaus in der Richtung der grundsätzlichen Entschließung der 3. ordentlichen Generalsynode liegen. Er ist überzeugt, daß die gegenwärtige General-

---

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

12) Von Max Treu-Halle.

Was nun die Nachbarn zu solcher Verfügung sagen werden, wissen wir noch nicht. Es geht dort drüben ein anderer Geist um als bei uns, und ihre „erste Liebe", wie es in der Apokalypse heißt, haben sie längst vergessen. Sie sind „lau" geworden, nicht warm und nicht kalt, und die Sache solcher Menschen ist immer verloren. Und nun die dritte Unglücksbotschaft. Gestern nachmittag ist ein Haufe Polacken gekommen — kein Mensch weiß, woher — ist beim Radnicki eingekehrt und hat den Schnaps krugweise getrunken. Dann sind sie in Streit geraten, haben sich zuerst mit Händen und Fäusten bearbetet, und als ihnen das nicht mehr genügend schien, haben sie zu den Messern gegriffen und sind damit aufeinander losgegangen. Dabei hat es zwei Schwerverwundete und ein paar Leichtverwundete gegeben, und drei der Messerstecher sind von unserem Ortsdiener als Arrestanten ins Spritzenhaus gesteckt worden, von wo sie heute vormittag dem Gerichte in die Stadt zugeführt sind.

Die beiden Schwerverwundeten aber haben wir nun hier liegen. Pfarrer Mathias hat sie verbunden; dann hat man sie in ein Zimmer im Gemeindehaus gebettet, da kein Mensch weiß, woher sie sind, und sie in ihrem jetzigen Zustande einen Transport überhaupt nicht vertragen können, und der Bader, des Pfarrers Heilgehilfe, muß bei den in hohem Wundfieber Liegenden Wache halten.

„Da haben wir ja die Schweinerei!" sagte der Ortsvorsteher in hellem Zorn. „Was fangen wir jetzt mit den Kerlen an? Und wer entschädigt uns für Mühe und Unkosten, die wir mit dem landstreichenden Gesindel haben? Dem Radnicki aber soll der Donner auf dem lausigen Kopf fahren!"

Stehenden Fußes ist er zum Schenkwirt gegangen, der ihn trotzig empfing.

„Ich will Euch nur sagen, Radnicki," so begann Reiner, und zwar auf deutsch, „daß wir uns eine solche Schweinewirtschaft nicht gefallen lassen! Wir haben hier in unserer Gemeinde allezeit auf Ordnung und gute Sitten gehalten, und Leib und Leben anderer sind bei uns stets als heilig und unverletzlich angesehen worden. Und in diesen unsern guten deutschen Grundsätzen sollt Ihr uns nicht beirren — darauf dürft Ihr Euch verlassen, so wahr ich Reiner heiße! Haltet Ordnung in Eurem Hause und in Eurer Wirtschaft, gebt Euren Gästen nicht zu saufen, bis sie nicht mehr wissen, was sie tun, oder ihr letzter Kreuzer in Eure schmierige Hand gegangen ist, laßt Zucht und Sitte in Euren vier Wänden herrschen — dann wollen wir wohl oder übel mit Euch zusammen zu hausen suchen! Tut Ihr das aber nicht und laßt Ihr die Gäste saufen, bis sie von Sinnen sind, und kommt es noch einmal zu einer Messerstecherei oder zu sonstigen Raufhändeln unter berauschtem Gesindel, so schließe ich noch am selben Tage Euren Wirtschaftsbetrieb und stelle den Gendarm vor Eure Türe! Hier sind wir der Herr im Hause, und Euch holt der Teufel, wenn Ihr denkt, daß wir uns von Euch auf der Nase herumtanzen lassen werden!"

„Kann ich dafür," brummte Radnicki auf gut deutsch, „wenn ein paar Streitsüchtige zusammengeraten? Sind mir doch selbst zwei Stühle und drei Fensterscheiben zerschlagen worden."

„Das geschieht Euch recht! Das Haus hätten sie Euch über dem Kopfe anstecken sollen! Ihr seid der Wirt, und Ihr seid verantwortlich! Von Euch verlange ich, daß Ihr Aufsicht führt über Eure Gäste und sie nicht wie die wilden Tiere sich gebärden laßt! Das sage ich Euch heute ein- für allemal: entweder Ordnung und gesittetes Betragen bei Euch im Haus, oder Schluß Eurer Wirtschaft! Merkts!"

Und schweren Schrittes ging der Ortsvorsteher hinaus und hat am Gemeindehaus anschlagen und durch den Ortsdiener ausschellen lassen, daß jeder, der von Prügelei, Schlägerei, Völlerei und Sauferei in der Wirtschaft des Radnicki etwas wahrnehme, zu sofortiger Anzeige verpflichtet sei.

Es ist nicht gut zu spaßen mit dem Reiner, und er hat eine eiserne Faust zum Durchgreifen. Und so hoffen wir, daß es ihm auch in Budapest gelingen werde, unserer guten Sache die gute Wendung zu geben.

Nun kommt das Vierte, was ich an diesem Tage aufzuzeichnen habe. An den Ortsvorsteher ist nämlich noch ein Schreiben aus dem Ministerium gelangt, worin angetragt wird, ob hier ein Ingenieur Bokol eingetroffen sei. Derselbe habe einige Tage vor Weihnachten eine Dienstreise in unsere Gegend angetreten, um die Terrainverhältnisse, Täler, Höhen, Steigungen in Augenschein zu nehmen und Kartenskizzen zu entwerfen. Es fehle aber an jeder Nachricht von ihm, und man müsse fast annehmen, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei.

Natürlich haben wir bei diesem Schreiben gleich an unsern kranken Unbekannten im Pfarrhaus gedacht, und der Ortsvorsteher soll die Zeichnungen mit in die Hauptstadt nehmen, ob man daran vielleicht den Fremden erkennen könne.

Der liegt nach wie vor in tiefen Fieberdelirien und hat noch keinen einzigen klaren Augenblick gehabt. Jetzt ist kein Zweifel mehr: er hat das Nervenfieber, und täglich kann er uns unter den Händen sterben. Pfarrer Mathias, seine Frau und seine Töchter geben sich die erdenklichste Mühe und lassen es an nichts fehlen — ob sie aber retten können, was vielleicht nicht mehr zu retten ist?

*

5. Januar 1866.

Pfarrer Mathias hat zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter. Der Sohn ist Gerichtsadjunkt in Klausenburg und ist selbst schon seit drei Jahren verheiratet. Ich kenne ihn noch nicht, aber ich höre viel Gutes von ihm. Er sei ganz nach dem Vater geschlagen, hab ein treues deutsches Herz und sei ein tüchtiger und kluger Richter und Beamter. Zu Ostern, heißt es, will er mit seiner Familie hierher zu Besuch kommen.

Dann die Tochter. Sie ist zwanzig Jahre, um sechs Jahre jünger als der Sohn (zwischen den beiden Geschwistern war ein drittes Kind da, das aber früh gestorben ist) und ein gar liebliches Geschöpf. Hoch und stattlich schreitet sie einher, und das feine, kluge Gesicht mit den lichten, blauen Augen verrät Güte und ein freundliches Herz. Sie ist des Vaters Assistent in allen Dingen: abwechselnd mit uns Lehrern spielt sie die Orgel in der Kirche, gibt den kleinen Mädchen an des Pfarrers Stelle Religionsunterricht, ist die allezeit hilfsbereite Freundin der älteren Dorfmädchen, wacht an den Kranken- und Wochenbetten der Frauen, lacht mit den Fröhlichen und weint mit den Traurigen, und als guten Geist liebt man sie im ganzen Dorf und in allen seinen Familien.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004141-12/fragment/page=0002

...nde sich auf den Boden der Dresdner Beschlüsse (des Kirchen-...ges) stellen und dadurch einer engeren organischen Verbindung der evangelischen Kirchen Deutschlands die Wege ebnen werde. Endlich legt der Evangelische Oberkirchenrat einen längeren Bericht vor über die Kriegsmaßnahmen des Evangelischen Ober-...enrates, mit Ausschluß der Auslandsarbeit. Die meisten dieser Maßnahmen sind bekannt und zum Teil auch schon be-...rochen worden. Das Beste, was die Kirche getan habe und was durch diese Maßnahmen veranlaßt sei, entziehe sich aber menschlichem Urteil. — Was die Unterbringung von geflüchteten, ausgewiesenen oder übergähligen Geistlichen betrifft, so ist es bisher für 64 aktive Militärgeistliche, 31 Geistliche aus den Schutzgebieten und den evangelischen Gemeinden des Auslandes, 14 aus Elsaß-Lothringen, 15 aus den baltischen Provinzen und Rußland, im ganzen 119 Pfarrer und 8 Missionare, in Pfarrämtern anzustellen. Aushilfsweise werden beschäftigt 86 Pfarrer aus baltischen Provinzen und Rußland, 9 Geistliche aus den Schutzgebieten und dem Auslande und außerdem 42 Missionare.

Wer hat nun Recht?

Wie aus Berlin und dem Ruhrgebiet gemeldet wurde, ...ürfte unter Teilen bayerischer Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet Unzufriedenheit darüber, daß eine nach Berlin entsandte Kommission der Truppen vom Reichswehrminister Geßler nicht empfangen wurde. Der deutschnationale Redner Lattmann hat in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung noch einmal auf diesen Vorgang hingewiesen und es ist anzunehmen, daß er das nicht ohne die notwendigen vorhandenen Unterlagen getan haben wird.

Der Reichswehrminister jedoch steht, wie er selber bereiten hier vor einem Rätsel. Eine Kommission aus Reichswehr-, Beamten und Gewerkschaftsvertretern sei, so wird von ihm bestritten, in umfangreicher Weise zu Worte gekommen. — Das ist sehr erstaunlich, denn, wie wir auch selber berichteten, hat der bayerischen Truppen der Reichswehr wegen der ihnen angetanen Brüskierung eine große Erregung bemächtigt und man war sich einig, „für die Preußen nicht mehr die Kastanien aus dem Feuer zu holen". Die Bayern sind gute Soldaten. Die Bayern haben auch noch so etwas wie Rückgrat Boschewisten und Sozialisten ungewiser, und sie lehnen sich erkenntlicherweise auch gegen die Auflösung der Einwohnerwehren auf. Zugleich ja Herr Geßler ihr Landsmann ist, oder gerade deswegen, weden sie mit ihm bayrisch. Zwei Tatsachen stehen gegenwunder: Wer hat nun Recht?

Herr Scheidemann in Pose

In Kassel, so berichtet der „Vorwärts" freudestrahlend ...n großen Lettern auf der ersten Seite, sprach Genosse Scheidemann vor vielen Tausenden. Natürlich reitet er ...n Steckenpferd: Nieder mit der Reaktion. Dieses Thema ...ch scheinbar noch von früher am besten. Diesmal zog er alle ...ter. Herr Scheidemann klagte an! Ausgerechnet ...er Scheidemann mit der verdorrten Hand! Aber er braucht ...rte Pose, dieser alte Schaumschläger, darum seine großen ...orte:

„Die Konservativen und ihre antisemitischen Hilfstruppen ...sind Deutschnationale geworden, die früheren Nationalliberalen ...firmierten jetzt als Deutsche Volkspartei. Diese beiden Parteien, die jetzt unehrlicherweise die Republik beschuldigen,

klage ich an:

Ihr habt Deutschland in den Krieg gehetzt!
Ihr habt das Elend über das deutsche Volk gebracht!
Ihr tragt die Schuld an dem Zusammenbruch des Reiches!
Ihr habt Deutschlands Handel und Industrie zugrunde gerichtet!
Ihr seid schuld, wenn unser Land jetzt im Bürgerkrieg verblutet!
Ihr seid die Schuldigen an allem unseren Jammer!
Ihr trägt das Kainszeichen des Brudermordes an der Stirn!
Ihr, die Ihr Euch deutschnational oder Deutsch Volkspartei oder Antisemiten nennt!"

...s ist ganz Scheidemannsche Art und Weise Unvergeßlich aus ...ren Ruhmestagen. So unvergeßlich wie uns und unseren ...nkeskindern der Friede von Versailles sein wird!

...olksbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen

Der Vertretertag des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in ...rlin SW. 68, Lindenstrae 35, hat beschlossen:

a) Da der Beschluß gefaßt wurde, den Volksbund der noch Gefangenschaft Befindlichen weiterbestehen zu lassen, sind die Mittel der Bundesleitung in ihrem ganzen Umfang für diese Zeit erforderlich Aus diesem Grunde müssen vom 30. April 1921 die Zuschüsse der Bundesleitung des Volksbundes an die Bundesleitung der Reichsregierung eingestellt werden;

b) wurde erklärt, daß die Ausgaben, die die Reichsvereinigung aus den vom Volksbund erhaltenen Mitteln geleistet hat, in die betreffenden Zwecke keinesfalls zu hoch gewesen sind, aus diesem Grunde die Zuschüsse des Volksbundes gerechtfertigt waren.

Es wurde ferner beschlossen, daß die Bundesleitungen des Volksbundes und der Reichsvereinigung sowie auch die Ortsgruppen mit den Zeitungen sich ins Einvernehmen zu setzen haben, damit dieselben durch weitestgehende Berichterstattung über das Schicksal und die Zustände der in Sibirien und in Frankreich Gefangenen das deutsche Volk dauernd in Kenntnis setzen.

Der Vertretertag erteilte schließlich der Bundesleitung des Volksbundes für die erfolgreiche Arbeit Dank und Anerkennung und für die Kassenführung die erforderliche Entlastung.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen, die zur Umformung des Volksbundes nötig sind, wurden genehmigt.

Paragraph 5 erhält folgenden Zusatz:

Die Ortsgruppen sind verpflichtet, innerhalb 14 Tagen nach Vierteljahresschluß der zuständigen Landes- oder Provinzialgruppe eine Rechnungslegung zuzustellen, wobei sie Vorschläge über die Verwendung der vorhandenen Überschüsse machen. Die Landes- und Provinzialgruppen haben diese Rechnungslegung der Ortsgrupp enzu prüfen und sie mit ihrem Bericht und mit ihrer eigenen Rechnungslegung innerhalb weiterer 14 Tage der Bundesleitung einzureichen.

Die Vertreter-Versammlung beschloß, die Arbeit des Volksbundes nicht einzustellen, sondern bis zur Rückkehr der letzten Gefangenen fortzuführen. Sie bestimmte weiter, daß durch diesen Beschluß die einzelnen Ortsgruppen verpflichtet sind, der Bundesleitung in Berlin die zur Fortführung der Arbeit nötigen Geldmittel weiter zur Verfügung zu stellen.

Die finanzielle Unterstützung der deutschen Presse durch Zuschüssen von Vergütungen auf Papier und durch andere Maßnahmen wird zurzeit im Reichswirtschaftsministerium eingehend geprüft und wird voraussichtlich zur Einbringung einer Vorlage führen. Zunächst sollen weitere 50 Millionen Mark für Vergütungen an die Presse durch den Etat bewilligt werden.

Die Zeitungsverbote der Zukunft. Laut Berliner Meldungen hat bis zur allgemeinen Einführung der politischen Kommissare, die künftig den militärischen Befehlshabern zur Seite gestellt werden sollen, der Reichswehrminister angeordnet, daß Zeitungsverbote und Zeitungseinschränkungen in Bezirken Halle-Merseburg ihm selbst vorzulegen sind.

Kreistag des Saalkreises

Landrat Thiele soll einem Unabhängigen das Feld räumen

Jede Versammlung hat ihr bestimmtes Gesicht. Heute sind es die überragenden, alles in ihren Bann schlagenden Persönlichkeiten einiger führender Männer, morgen die bestimmend wirkende Masse irgend einer besonderen Klasse von Menschen, welche mit allen Mitteln versuchen, der Gesamtheit ihr Gepräge aufzudrücken. Der gestrige Kreistag des Saalkreises war von letztgenannter Art. Bei der ungleichen Kräfteverteilung — die Bürgerlichen hatten 11 Stimmen, welche sie gegen 24 Unabhängige und 1 Mehrheitssozialisten ins Feld führen mußten — wirkte Wahl und Abstimmung oft wie ein Theater. Bei der Mehrzahl schien der Grund ihres Verweilens in der Sitzung oft nur der zu sein, als Stimm — berechtigte ihr verantwortungsvolles Amt auszufüllen, was wiederum bei der überwiegenden Mehrheit der Linken nicht allzu schwierig war. Und wenn einmal die Verhandlung in ihrer Sachlichkeit zu „verflachen" drohte, dann machte man eben wieder einmal auf die „Kapp- und Lüttwitze" aufmerksam, die in heutiger Zeit so beuem als Sündenböcke und Mädchen für alles herhalten müssen. Gleich hinter diesen kommt dann bei so manchem „Parteifreund der Masse" die „Sallesche Zeitung", dieses „Revolverblatt", von dem man allgemein glaubt, daß es einen Hieb besonders schlecht verträgt. Es ist überhaupt ein Wunder, daß man in besagten Kreisen dieses Blatt überhaupt noch ernst nimmt mit seinen paar hundert Lesern, wie einer gehört haben wollte. Ueberhaupt hätte so mancher Genosse gern noch, nachdem man fast 5 Stunden lang getagt hatte, Gelegenheit genommen, die Versammlung mit höchsteigenen persönlichen Erlebnissen der letzten Zeit zu belästigen. Doch als einer anfing: „Neulich wurde ich von einer wildgewordenen" — warum auch nicht, denn die zahmen scheinen ausgestorben zu sein — „Soldatenbande verhaftet und . . .", da wurde doch der den Vorsitz heute wohl zum letztenmal führende Herr Landrat Adolf Thiele sehr energisch und erlöste so manchen von diesem „Geplauder" eines Harmlosen.

*

Der Landrat A. Thiele hatte die Mitglieder des Kreistages zu einer Sitzung auf Dienstag, den 13. April, 9 Uhr vormittags, in den Sitzungssaal des Kreisständehauses eingeladen. Anwesend sind 11 bürgerliche Vertreter, 1 Mehrheitssozialist und 24 Unabhängige. Landrat Thiele eröffnet die Sitzung, als Protokollführer wird Bürodirektor Sander gewählt. Darauf tritt man in die Tagesordnung ein. Als erster Punkt wird die Abnahme der Sparkassenrechnung für 1918 erledigt. Nach dem Bericht des Prüfungsausschusses wird Entlastung erteilt. Vor Erledigung des Haushaltsplanes des Saalkreises für 1919 läuft ein Vorantrag ein, der dem Antragsteller die Möglichkeit gibt, ein streng vertrauliche Mitteilung zu machen. Die Folge ist, daß dieser Punkt wegen der noch ungeklärten Lage von der Tagesordnung abgesetzt wird. Die Satzungen für den Saalkreis, die nach den allgemeinen Bestimmungen aufgestellt sind, werden nach kurzer Debatte angenommen. Abänderungen, die noch gewünscht werden sollten, können nach Klärung der gesetzlichen Lage vorgenommen werden. Es wird den gesetzgebenden Körperschaften nahegelegt, einen eingebrachten Antrag betreffend Erhöhung des Einkommens, Wahlbeteiligung der Frauen und Herabsetzung der Altersgrenze, zu berücksichtigen.

Darauf kommt die Ordnung betreffend

Erhebung eines Zuschlages zur Wertzuwachssteuer

zur Verhandlung. Da die jetzige Fassung hindernd auf den Grundstücksverkehr wirkt, werden verschiedene Stimmen laut (Amtsvorsteher Hoehn), die sich gegen den Zuschlag von 100 Prozent zu dem Anteil an dem Betrage der Wertzuwachssteuer aussprechen, doch wird schließlich der Antrag angenommen. Der Antrag hat folgende Fassung:

Auf Grund des § 59 des Reichszuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 und des Beschlusses des Kreistages vom 13. April wird für den Saalkreis nachstehende Ordnung erlassen:

§ 1. Zu dem Anteil an dem Betrage der Zuwachssteuer, der nach § 59 des Reichszuwachssteuergesetzes dem Saalkreis zufließt, wird ein Zuschlag von 100 v. H. erhoben.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Der Vertrag mit dem Provinzialverbande der Provinz Sachsen vom 23. September 1891, betreffend Beaufsichtigung der Kreisstraßen, ist vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages gekündigt worden. Durch die selbständige Bewirtschaftung der Straßen durch den Kreis wird eine erheblich größere finanzielle Belastung für letzteren entstehen, so daß ein möglichstes Zusammenarbeiten mit der Provinz angebracht scheint. Der Anlaß zu der Kündigung war eine Revision des über 30 Jahre alten Vertrages. Es wird der Kündigung des Vertrages mit dem Ziele der Revision zugestimmt.

Die Regierung in Merseburg hat wieder einmal besser in der Geographie des Saalkreises Bescheid gewußt als der Kreistag. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Wahl von Schöffenämtern für Wasserläufe 8. Ordnung einige Wasserläufe übersehen wurden. Diese Wahlen müssen nachgeholt werden.

Es werden gewählt als Schiedsmänner vom Bezirk Trebnitz Landwirt Beetmann, in Morl Landwirt Elste, in Brachwitz Rogge, in Dölau Amtsvorsteher Heine, Stellvertreter: Schlosser Schmeil-Nienberg, Gutsbesitzer Reib-Döllnitz, Arbeiter Karl Teichmann, Stellvertreter nicht notwendig, Wörmlitz: Schmied Heinrich Gutschale, Stellvertreter Aug. Elstermann.

Hieran schließt sich die Wahl der Mitglieder für die Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen bei den Amtsgerichten in Halle a. S., Könnern, Löbejün, Wettin und Alsleben für 1921. Als Amtsvorsteher und Stellvertreter werden gewählt für die Bezirke Beesenlaublingen Gemeindevorsteher Rehländer (Stellvertreter Barbier Kremler), Trebnitz: Bergmann Peter (Stellvertreter Arbeiter Stephan), Rothenburg: Invalide Kirchner (Stellvertreter Schlosser Vogel), Krosigk: Gemeindevorsteher Gramm (Stellvertreter Täpfer Oberdeck), Brachstedt: Gemeindevorsteher Kiefling (Stellvertreter Berger), Mötzlich: Gemeindevorsteher Mädig (Stellvertreter Gemeindevorsteher Heinrich), Petersberg: Lagerhalter Röschel (Stellvertreter Dreher Schaaf), Gutenberg: Gemeindevorsteher Lindenhahn (Stellvertreter Kaufmann Wisldorf), Brachwitz: Gemeindevorsteher Schmidt (Stellvertreter Bergmann Emmerich), Niemberg: Bahnassistent Orschel (Stellvertreter Maurer Tümpel), Osmünde: Gemeindevorsteher Mosenbauer, Lettin: Stellvertreter Maurer Pfordte, Nielleben: Stellvertreter Gemeindevorsteher Heinzerling, Dieskau: Stellvertreter Gemeindevorsteher Pätzold. — Als Kreisdeputierter wird auf 6 Jahre der schon einmal von der Regierung abgelehnte Unabhängige Wilhelm Albrecht-Könnern wiedergewählt, welcher die Stellung annimmt. — Zur Abgabe von Gutachten über landwirtschaftliche Angelegenheiten und von gutachtlichen Aeußerungen über den Wert abzuschätzender Gegenstände auf unbestimmte Zeit werden die Herren Walter-Kleinkugel, Saulmann-Dalena, Schulze-Kirchdeau, Barsch-Gehren gewählt.

Die Mitteilung des Kreisausschusses von der Uebernahme der Unterhaltungskosten für mehrere dem Kreise angehörige unvermögende Geisteskranke, Blödsinnige usw. wird zur Kenntnis genommen.

Bisher wurden laut früherem Kreistagsbeschluß die „Hallesche Zeitung" und das „Volksblatt" als amtliche Bekanntmachungsorgane benutzt. Da die Insertionsgebühren dauernd steigen, wurde ein eigenes Blatt von seiten des Landrats für die Bekanntmachungen herausgegeben. Es wird der Antrag eingebracht, vom 1. April 1920 ab das „Volksblatt" als alleiniges Amtsblatt zu wählen. Landrat Ad. Thiele begründet die Herausgabe des eigenen Nachrichtenblattes und widerlegt den eingebrachten Vorschlag, der ein Privileg schaffen will in Kreisen, die sonst strenge Gegner derartiger Einrichtungen sind. Er empfiehlt den objektivsten und korrektesten Weg, das eigene Amtsblatt. Herr Kaufmann Driebusch aus Schönewitz wendet sich in scharfen Worten gegen diese Ausführungen und glaubt, der „Hallenschen Zeitung" in unfeiner Art und Weise einen besonderen Streich zu versetzen in seinem blinden Haß gegen dieses „Revolverblatt", wenn er ihr die Erlaubnis des Abdruckens amtlicher Nachrichten entzogen wissen will. Herr Amtsvorsteher Hähn-Ammendorf teilt mit, daß es der Wunsch der Regierung ist, selbständige amtliche Verordnungsblätter zu schaffen, die unabhängig von jeder politischen Richtung sind. Landrat Thiele weist den Vorwurf zurück, das Unternehmen wäre ein rechtssozialistisches Unternehmen. Der Druck wurde der Druckerei Schmidt u. Erdel übertragen, da diese Firma den billigsten Preis von 150 Mark forderte. Andere Druckereien hatten höhere Sätze gefordert. Plötzlich kam das „Volksblatt" noch nachgeklappt und erbot sich, das Nachrichtenblatt für 148 Mark, also 2 Mark billiger, zu drucken. — Für den Antrag stimmten die 24 Unabhängigen und 1 Mehrheitssozialist, dagegen die 11 anwesenden bürgerlichen Vertreter. Somit wurde der Antrag angenommen.

Der Errichtung einer weiteren Buchhalterstelle bei der Kreissparkasse wird vorläufig nicht zugestimmt. Der Angestellte Scheibe wird mit der Funktion eines Buchhalters betraut und ihm die Bezüge eines Buchhalters genehmigt.

Wiederbesetzung des erledigten Landratsamtes.

Bei der Beschlußfassung des Kreistages über die Vorschläge für die Wiederbesetzung des erledigten Landratsamtes übernimmt Herr Rittergutsbesitzer von Zakrzewski-Oppin den Vorsitz. Hierzu führt der Delegierte, Herr Wolf (U. S. P.), aus, daß Landrat Thiele nicht das Vertrauen der Bevölkerung des Kreises besitzt und eine Stütze der Reaktion ist, denn er hat einem Offizier Quartier gegeben. Da der Herr Landrat dieses Vertrauen nicht mehr besitzt, bittet er um Annahme folgender Resolution:

Resolution:

„Die Fraktion der U. S. P. des Kreistages des Saalkreises erblickt in der Stellungnahme des kommissarischen Landrates Herrn Thiele zur Frage der Besoldung des Kreisarbeiterrates eine direkte Verhöhnung der Arbeiterschaft. Das Selbstverwaltungsrecht, das von den Sozialisten stets erstrebt und von ihnen als selbstverständlich anerkannt werden muß, erfährt durch ihn in dieser Angelegenheit die größte Nichtachtung. Diese Nichtachtung weist die Fraktion ganz entschieden zurück; sie erklärt sich auch fernerhin mit der Kontrolltätigkeit eines Mitgliedes des Kreisarbeiterrates einverstanden und verlangt dessen weitere Besoldung.

Paul Driebusch."

Diese Resolution wird angenommen. Der Kreistag schlägt der Regierung als neuen Landrat Herrn Paul Driebusch-Schönewitz (U. S. P.) vor. (Stimmenverhältnis: Driebusch 24, Thiele 12.)

Halle und Umgebung

Halle, 14. April.

Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise

1 Kilogramm Brot 2 Mark.

Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung über Zahlung von Ablieferungsprämien von Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln vom 18. Dezember 1919 an. Es handelt sich hierbei um eine wesentliche Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise. Infolge des neuen Prämiensystems und der Preiserhöhung für ausländisches Getreide ist bei der Reichsgetreidestelle ein Defizit von 4,7 Milliarden entstanden, der bis zum 1. April sich auf 1,7 Milliarden belaufende Betrag ist vom Reiche zu übernehmen.

Für den Rest des Wirtschaftsjahres wird der Mehlpreis auf 102 Mark pro Jahr für den Doppelzentner erhöht und außerdem die von den Kommunalbehörden zu zahlende Vergütung auf 92 Mark. Die Preise für ein Kilogramm Brot, die infolge des neuen Prämiensystems am 1. Januar bereits auf 1,40 Mark gestiegen sind, werden infolgedessen eine weitere Erhöhung auf ungefähr zwei Mark erfahren. Im Anschluß wurden die politischen und wirtschaftlichen Bedenken dieser Maßnahme nicht verkannt, jedoch überwog die Ansicht, daß es angesichts der Finanzlage des Reiches mit dem bisherigen System der Reichszuschüsse nicht weitergehen könne.

Weniger bedenklich erschien dem Ausschuß die Erhöhung der Zuschüsse auf die Grundpreise der Kartoffeln, die von 2,50 Mark auf 5 Mark erhöht werden sollen. Auch hier sind die gleichen Gründe maßgebend. Es handelt sich um eine Mehrausgabe bei der Reichskartoffelstelle von ungefähr 770 Millionen Mark.

Für die Grabmalspende

die in unserer Geschäftsstelle eingerichtet ist, wurden nachstehende Beträge gezeichnet, über die wir hiermit mit bestem Dank quittieren: M. St. 5 Mk., Stammtisch „Grüner Winkel" 370 Mk., H. K. 5 Mk., Frau E. G. 10 Mk., M. Holz 10 Mk., Barleben, Lindenstraße 10, 2 Mk., Hans Ullmann, Große Steinstraße 8, 100 Mk., Wolter 2 Mk., Frau Forstmeister Baur 10 Mk., Ungenannt 10 Mk., Justizrat Peters 50 Mk., J. H. 5 Mk., Bergrat Schrader und Frau 20 Mk., Otto Schulze 10 Mk., Dr. von Bentivegni 10 Mk., Frau von Bentivegni 10 Mk., Geh. Justizrat Sch. 20 Mk., Hallesche Pfännerschaft Aktiengesellschaft 100 Mk., F. K. 20 Mk., E. L. 5 Mk., v. Goldammer 10 Mk., A. Roth, cand. med., 10 Mk., Frau G. M. 10 Mk., Rechnungsrat Steinbrück 5 Mk., W. M. 5 Mk., H. Handt, Lafontaineestraße 8, 10 Mk., Ungenannt 50 Mk., Ungenannt 6 Mk., Teichert 10 Mk., St. M. 10 Mk., M. G. 10 Mk., M. Döring 20 Mk., Frau Kretzschmar 10 M., Frau Dir. D. 3. 5 Mk. Zusammen 2408 Mark. Für unseren letzten Quittung auf es heißen Hessel (statt Hessel). Weitere Spenden werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004141-12/fragment/page=0003

Exzellenz Kühn zum Gedächtnis

Heute sind zehn Jahre verflossen, daß einer der bedeutendsten Lehrer unserer Universität, der ordentliche Professor für Landwirtschaft und Direktor des landwirtschaftlichen Instituts, Wirklicher Geheimer Rat Dr. phil. Julius Kühn, Exzellenz, für immer die Augen schloß. Geboren am 27. Oktober 1825 zu Pulsnitz in der sächsischen Oberlausitz als Sohn eines Landwirtes, besuchte er die Schulen zu Jessen bei Spremberg und Pulsnitz, in Dresden eine Seminarschule und dann bis 1841 die Königl. technische Schule, die heutige Technische Hochschule. Nach dreijähriger landwirtschaftlicher Lehrzeit war er als Gehilfe und Verwalter auf verschiedenen Gütern tätig, 1848 bis 1855 als Amtmann auf dem dem Grafen von Schlieffen gehörenden Gute Groß-Krausche bei Bunzlau. Im Herbst 1855 bezog er die Landwirtschaftliche Akademie in Poppelsdorf bei Bonn, um Landwirtschaft zu studieren, und hörte daneben naturwissenschaftliche Vorlesungen an der Universität Bonn. Nach glänzend bestandener landwirtschaftlicher Prüfung habilitierte er sich im Herbst 1856 an der Landwirtschaftlichen Akademie Proskau in Schlesien und promovierte auf Grund seiner bisherigen Arbeiten über Pflanzenkrankheiten am 10. März 1857 in Leipzig zum Dr. phil. Vom 1. Juli 1857 bis 30. Juni 1862 war er Wirtschaftsdirektor der bei Glogau gelegenen Besitzungen des Grafen von Egloffstein. Am 30. April 1862 erfolgte Kühns Berufung auf den an unserer Universität neu begründeten Lehrstuhl für Landwirtschaft. Von seinem Amtsantritte im Herbst 1862 bis zum Herbst 1909, wo er zurücktrat, hat er 47 Jahre ohne Unterbrechung in Halle gewirkt, inzwischen glänzende Berufungen nach Göttingen, nach Hohenheim und nach Wien abgelehnt, wie er auch die gleichzeitig mit der Berufung nach Halle erfolgte Berufung nach Berlin ausgeschlagen hatte.

Am 27. Februar 1863 wurde das von ihm begründete Landwirtschaftliche Institut der Universität Halle eröffnet, das erste derartige Universitätsinstitut in Preußen, das bald darauf auch für andere Universitäten vorbildlich werden sollte. Diese seine Schöpfung war um so bewundernswerter, als sie kein Vorbild hatte, er hat seinem Institute einen Weltruf verschafft, so daß Besucher aus allen Kulturländern kamen, um es kennen zu lernen. Den großen Einfluß dieser Gründung auf das landwirtschaftliche Universitätsstudium bezeugt am besten die schnell nachsteigende Zahl seiner Zuhörer, die von drei im ersten Jahre auf 122 nach drei Jahren, auf über 300 in den späteren Jahren stieg. Im ganzen dürfte Exzellenz Kühn 8000 Landwirte aus aller Herren Länder ausgebildet haben, darunter eine große Zahl von Lehrern der Landwirtschaft an deutschen und außerdeutschen Schulen.

Ueberaus fruchtbar war auch Kühns schriftstellerische Tätigkeit, die der Zahl nach über 300 ausmacht. Sein erstes größeres Werk: „Die Krankheiten der Kulturgewächse, ihre Ursachen und ihre Verhütung" erschien 1858, in 2. Auflage 1869; es ist seit Jahren vergriffen. Das bedeutendste Werk seines Lebens: „Die zweckmäßigste Ernährung des Rindviehes vom wissenschaftlichen und praktischen Gesichtspunkte", eine 1860 gekrönte Preisschrift, erschien 1861, in 12. Auflage 1905. Weitere Arbeiten, auch nur dem Titel nach aufzuführen, erübrigt sich, doch darf nicht unerwähnt bleiben, daß Kühn seit 1872 „Berichte aus dem physiologischen Laboratorium und der Versuchsanstalt des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle" herausgab, in denen er selbst auch in jedem Bande größere Arbeiten veröffentlichte, sowie auf die zahlreichen Abhandlungen in Zeitschriften hinzuweisen.

Auch an äußeren Anerkennungen hat es Kühn nicht gefehlt; außer einer großen Zahl deutscher und außerdeutscher Ordensauszeichnungen erhielt er 1882 den Titel Geheimer Regierungsrat, 1892 den Titel Geheimer Oberregierungsrat, während er 1903 durch die Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Exzellenz ausgezeichnet wurde, eine Ehre, die Gelehrten nur ganz selten zuteil wird. Mehrere Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften ernannten ihn zu ihrem Mitgliede und Ehrenmitgliede, die Stadt Halle erteilt ihm das Ehrenbürgerrecht, die Universität Krakau ernannte ihn 1900 zum Ehrendoktor. — Auf dem Nordfriedhofe zu Halle ist „Vater Kühn" zur letzten Ruhe gebettet. Ein würdiges Grabmal wurde ihm von dem einheimischen Architekt enOtto Glaw errichtet.

— **Der Untersuchungsausschuß des Stadtparlaments.** Die Stadtverordneten nahmen am Montag in nichtöffentlicher Sitzung Stellung zu den von der Linken erhobenen Anschuldigungen gegen Oberbürgermeister Dr. Rive, Polizeidirektor Koennemann und einige andere städtische Polizeibeamte. Es wurde nach zweistündigen, lebhaft geführten Verhandlungen die Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses beschlossen, der aus 14 sämtlichen Fraktionen des Stadtverordnetenkollegiums angehörenden Mitgliedern besteht. In der Besprechung wurde ausdrücklich betont, daß weder die während der Unruhen gebildete Militärkommission noch der Untersuchungsausschuß berechtigt seien, die Beamten zur Niederlegung ihrer Aemter zu zwingen.

— **Goldene Hochzeit.** Am Sonntag feiert Domküster August Kiefer mit seiner Gattin das Fest der Goldenen Hochzeit.

— **Einkommensteuergesetz.** Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 (R.G.Bl. S. 428) wird der Tag des Inkrafttretens der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes (betr. den Abzug von 10 v. H. bei der Lohnzahlung durch den Arbeitgeber) vom Reichsminister der Finanzen demnächst bekanntgegeben. Erst mit dem Inkrafttreten der genannten Bestimmungen beginnt der Lohnabzug; auf bereits erfolgte Lohn- und Gehaltszahlungen erstreckt sich der Abzug nicht.

— **Heiterer Abend Heinz Steinberg.** Wir möchten nicht versäumen, nochmals auf den heutigen vielversprechenden einmaligen Heiteren Abend Heinz Steinberg-München hinzuweisen. Zum Vortrage gelangen durchweg heitere Grotesken, Humoresken, Fabeln, Schnurren, Dialekthumor in bayrisch, sächsisch, plattdeutsch, ostpreußisch usw. Karten im Vorverkauf bei Heinrich Holzan, Gr. Ulrichstraße 38 und Abendkasse.

Familien-Nachrichten

Vermählungen: Richard Kunad und Marie Kosmiel. — Lehrer Martin Weyland und Margarete Jacobi. — Georg Reußner und Luise Knode.

Todesfälle: Am 12. April Franz Seitz im 60. Lebensjahre. — Am 12. April Hermann Riemann im 62. Lebensjahre. — Am 11. April Hulda Mogk geb. Wagner im 53. Lebensjahre. — Am 13. April Gerhard Rilkins im 8. Lebensjahre.

Provinz Sachsen

n. **Köthen**, 12. April. (Vom Polytechnikum.) Ueber den Weiterbestand des hiesigen Friedrichs-Polytechnikums werden gegenwärtig lebhafte Erörterungen in der Stadtverwaltung gepflogen, deren Fortgang vorläufig noch nicht abzusehen ist. Von den sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern wird auf eine Auflösung des Polytechnikums hingearbeitet, um das Gebäude als Gewerkschaftshaus und als Fortbildungsschule zu benutzen, während die wertvollen Einrichtungen und Sammlungen verkauft werden sollen. Die bürgerlichen Parteien und Gemeinderatsmitglieder treten diesen Plänen auf das stärkste entgegen. Von der Haltung des Magistrats wird nun der Ausgang dieses für unsere Stadt so hochbedeutsamen Konflikts abhängen. Fast alle Schichten der Bevölkerung sind durch wirtschaftliche Beziehungen mit dem Polytechnikum auf das engste verbunden. Für den Wind, der gegenwärtig weht, ist es bezeichnend, daß die Polizeiverwaltung der Studentenschaft das Tragen ihrer Verbindungsfarben verboten hat, um das Verbindungswesen zu unterdrücken. Auch gegen diese lediglich auf die radauluftigen Elemente Rücksicht nehmende Verfügung nehmen die bürgerlichen Kreise energisch Stellung.

R. **Dessau**, 13. April. (Die nationale Wahlkreiskonferenz für Anhalt I) beschloß, von der Wiederwahl Wolfgang Heines zur Nationalversammlung abzusehen und an dessen Stelle den „Vorwärts"-Redakteur Erich Kuttner-Berlin aufzustellen.

e. **Bernburg**, 12. April. (Der Kreistag) erklärte seine Zustimmung zur Uebernahme der Bürgschaft gemeinsam mit den Kreisen Dessau und Köthen für eine vom Elektrizitätsverband Anhalt aufgenommene Anleihe von drei Millionen Mark, und er genehmigte nachträglich die Erhöhung der Teuerungszulagen für die Kreisbeamten auf die sinngemäßen Sätze. Die Sätze für die Verpflegung im Kreiskrankenhause erfuhren wieder eine recht erhebliche Steigerung, dadurch wird eine Mehreinnahme von 54 000 Mark erzielt. Trotzdem muß der Zuschuß für das Krankenhaus auf 500 000 Mark veranschlagt werden, wobei sehr fraglich bleibt, ob diese Summe ausreichen wird. Der neue Kreisetat balanziert mit 2 324 000 Mark gegen 1 611 000 Mark im Vorjahre. Der Etat wurde in der vorliegenden Form genehmigt. Für die Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft im Kreise Bernburg wurde ein zinsfreies Darlehen in Höhe von etwa 400—450 000 Mark bewilligt. Für den Chefarzt des Kreiskrankenhauses muß vertragsgemäß eine Dienstwohnung errichtet werden. Das Projekt wurde genehmigt, der Aufnahme einer Anleihe von 300 000 Mark für diesen Zweck bei der Kreissparkasse zugestimmt; die Ausführung des Projektes soll aber auf eine günstigere Zeit verschoben werden. Von den Bernburger Kalimerken war der Ausbau eines Fußweges vom Kreiskrankenhause bis zu den Kalimerken erbeten worden. Der Kreisausschuß hatte bereits zugestimmt. Da aber die Kostenforderung seitdem von 24 000 auf 54 000 Mark angewachsen ist, wurde der Plan als zurzeit undurchführbar zurückgestellt. Von der Möglichkeit, die vierte Steuerrate nicht zu erheben, machte der Kreistag keinen Gebrauch.

f. **Genthin**, 12. April. (Verschiedenes.) In der Versammlung des Vaterländischen Frauenvereins für den Kreis Jerichow II wies die neue Vorsitzende, Frau Rittergutsbesitzer Lehmann-Welick besonders darauf hin, daß man in der jetzigen schweren Zeit fest zusammenhalten müsse. Pastor Heß und Pastor Köhler sprachen über das Vereinsleben. In zahlreichen Orten des Kreises haben Haushaltungskurse stattgefunden, sie sollen weiter fortgeführt werden. Die Kreisfürsorgerin Schwester Ruhm berichtete über ihre Erfahrungen in der Säuglingsfürsorge. — Für den Kreis Jerichow II wird hier ein Finanzamt errichtet. Es soll in den Räumen der Wanderarbeitsstätte untergebracht werden. — Auf der Chaussee nach Tucheim fuhr das Automobil des hiesigen Zahnarzts Voigt von hinten in das Fuhrwerk des Fellhändlers Stern. Fuhrwerk und Auto stürzten in den Chausseegraben. Der Viehhändler Günther wurde schwer, der Händler Stern leichter verletzt, während der Lenker des Autos mit Abschürfungen davonkam. Da auch die Pferde verletzt sind, ist der angerichtete Schaden ein ganz beträchtlicher.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen der volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Mitteldeutscher Braunkohlenmarkt März 1920

Im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung in der ersten Hälfte des Monats März durchaus befriedigend und zeigte gegenüber dem Vormonat und dem März des Vorjahres eine erfreuliche Besserung. In der zweiten Monatshälfte setzte der aus Anlaß des Kapp-Lüttwitz-Putsches proklamierte Generalstreik und anschließend daran der Streik auf Betreiben linksstehender Gruppen ein, welcher die Erzeugung wiederum bedeutend zurückwarf. Die Dauer der gesamten Arbeitsruhe war auf den einzelnen Braunkohlengruben verschieden und schwankte zwischen 1—13 Tagen. Der hierdurch hervorgerufene Produktionsausfall liegt für die meisten Gruben zwisch en20 und 50 Prozent.

Das Arbeiterangebot hielt sich in der ersten Monatshälfte in den üblichen Grenzen der letzten Monate, d. h., es fehlte an gelernten Tiefbauhauern und geschulltem Baggerpersonal. Nach dem Streik trat örtlich ein empfindlicher Arbeitermangel auf, weil die in den Baracken untergebrachten Bergleute wegen der Unruhen in großem Umfange in ihre Heimat abgewandert waren. Auf vielen Gruben konnte diese Lücke bis zum Monatsschluß noch nicht wieder ausgefüllt werden. Lohnerhöhungen fanden im Berichtsmonat lediglich im bayrischen Braunkohlenbergbau statt. Der für dieses Gebiet abgeschlossene neue Tarif läuft vom 1. März d. J. ab. Für die mitteldeutschen Kernreviere Halle, Magdeburg, Anhalt, Bitterfeld und Borna wurde am 31. März der neue Angestelltentarif abgeschlossen.

Die Wagengestellungsverhältnisse erfuhren in der ersten Monatshälfte gegenüber den bereits sehr schlecht bedachten Vormonaten noch eine unerhörte Verschlechterung. Am 11. März wurden im Eisenbahndirektionsbezirk Halle nur 3280 Wagen gestellt und 6756 nicht gestellt. Die Förderung mußte unter diesen Umständen natürlich im großen Umfange auf Halden gestürzt werden. Wo dieses Mittel versagte, blieb nichts anderes übrig, als die Schicht zu verkürzen oder ganze Feierschichten einzulegen. Wegen der sich an den Streik anschließenden Revolten im Ruhrgebiet änderte sich im mitteldeutschen Revier das Wagengestellungsbild nach erfolgter Arbeitsniederaufnahme von Grund auf. Die Werke bekamen Leermaterial in gewünschtem Umfange zugestellt und konnten deshalb flott fördern. Ueberarbeit war in vielen Fällen erforderlich, wurde aber nur ausnahmsweise geleistet.

Aktiengesellschaften

Deutsche Kaliwerke Akt.-Ges. in Bernterode. Die Gesellschaft erhielt vom Oberbergamt Halle die Genehmigung, durch Bestätigung von sechs Normalfeldern unter dem Namen Kaliwerk Konsolidierte Preußen ein weiteres 17½ Millionen Quadratkilometer großes Kaliwerk in den Gemarkungen Herzberode-Breitenworbis zu errichten.

Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte vorm. Paul Ar[illegible] Artern. Die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr [illegible] mit wieder 6 Prozent in Vorschlag gebracht.

*

Neue Zementpreiserhöhungen. Die Zementhöchstpreise [illegible] wegen der abermaligen Kohlenpreisverteuerung weiter um 16 [illegible] hinaufgesetzt worden. Für Lieferungen an Private beträgt [illegible] Preis pro 10 000 Kilogr. jetzt 4061 M., für Staatsbauten [illegible]

* **Waagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk [illegible] (Scale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 10. April für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine [illegible] stellt: 5825 Wagen zu 10 Tonnen, nicht gestellt: 715 Wagen [illegible] 10 Tonnen.

* **Elektrolytkupfer.** (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektr. Notiz [illegible] 2388 Mark.

Wiedereröffnung der Börse

Berlin, 13. April.

Die beruhigend lautende Erläuterung des Finanzministeriums zur angekündigten Verordnung über die Beschlagnahme von ausländischen Effekten, derselbe ihre Wirkung auf die Stimmung der Börse nicht, namentlich weil der Kreis der betroffenen Papiere ziemlich eng begrenzt zu sein scheint und man auch der Ansicht zuneigte, daß bezüglich der Einzelheiten der Beschlagnahme noch Vereinbarungen [illegible] finden dürften. Der Verkehr spielte daher heute in ziemlich ruhigen Formen ab. Die Kurse erfuhren aber recht bedeutende Abschwächungen, da viele Spekulanten, durch die gestrigen Ueberraschungen ängstlich geworden, in ausgedehntem Umfange Realisierungen vornahmen, während andrerseits die Käufer zurückhielten. Am Montanmarkte, sowie auch in Elektrizitäts- und Farbaktien überschritten die Verluste der noch im Kurs stehenden Papiere vielfach 30 Prozent. Eine Ausnahme machten Deutsche Uebersee-Elektrizitätsaktien, die einen Gewinn von 40 Prozent zu verzeichnen hatten. Schiffahrtsaktien waren durchweg im Kurse abgeschwächt. Erheblich niedriger stellten sich Kolonialwerte. Lohmannaktien waren zu 2200, Südseebesitz zu 2100, Kolonialanteile zu 6500, und Pomona zu 9000 umgesetzt. Die Devisen zeigten Neigung zum Steigen, was im übrigen auf die Valutapapiere befestigend zurückwirkte. Am Anlagenmarkt blieben deutsche Anleihen im allgemeinen behauptet. Oesterreichische und ungarische waren dagegen in ihren Kursbildungen nicht gleichmäßig.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt trat nach den gestrigen scharfen Rückgang eine Befestigung ein. Die Höchstpreise zogen infolge vermehrter Nachfrage des Konsums etwas an. Hülsenfrüchte hatten nur geringes Geschäft. Die Preise waren meist nur nominell. Die ausländischen Cifferten [illegible] sich wegen Anziehens der Devisen Hollands etwas höher. Lupinen und Serradella waren sehr still. Trockenschnitzel [illegible] unverändert. Wiesenheu behauptete bei ruhigem Geschäft seinen Preisstand. Für drahtgepreßtes Stroh gewann die Geltung Festigkeit.

Hafernotierungen:

Berlin, 13. April. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen —,—, loko ab Bahn —,— sofortige Abladung ab Abladestationen 2260—2660. Tendenz fester.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 13. April. Preise für 1000 kg in Mark. Raffinad-Kupfer: 17000/1800. Elektrolytkupfer: —. Orig.-Hütten-Weichblei 700/800. Remelzlb-Platten-Zink: 800. Hütten-Rohzink: [illegible] Orig.-Hütten-Aluminium: 3500—3600. Banca-Straits-Zinn: 7500—8000. 98%ig 99%ig Hütten-Zinn: 98%ig 99%ig [illegible] Nickel 5300. Antimon-Regulus: 1500/1600.

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief	Berlin, 13. April.	Geld	B
Amsterd.-Rotterd.	1998—	2004—	New-York	53.90	54
Brüssel-Antwerp.	354.60	355.40	Paris	339.65	340
Christiania	1074—	1076—	Schweiz	979	98
Kopenhagen	999	1001	Spanien	964	96
Stockholm	1198¾	1201¼	Wien (alt: 3)	24.40	24
Helsingfors	289.70	290.30	Oesterreich abgest.	28.22	28
Italien	229.75	230.25	Prag	87.90	88
London	216.75	217.25	Budapest	26.97	27

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Uebersee-El.	1190
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	76.25	Deutsche Erdöl	750.50
5% Deutsche Reichsanl.	79.75	Deutsche Gasglühl.	1500
4% „ „	76.40	Deutsche Kali	42
3½ „ „	69.75	Deutsche Waff. u. Mun.	430
3 „ „	76.25	Donnersmarckhütte	370
4 Preuss. Konsols	77.75	Döring u. Lehrmann	162.50
3½ „ „	68.75	Dürkoppwerke	1
3 „ „	63.10	Elberfelder Farben	281
4 Charl. Stadtanl. 89/90	98.50	Engelhard Brauerei	296
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	101.75	Felten u. Guilleaume	540
4½% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	103.—	Gasmotoren Deutz	190
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	101.75	Gebhardt u. Co.	1
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—,—	Gebhardt u. König	390
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Gelsenkirch. Bergw.	304
4 „	101.40	Glanziger Zuckerfrb.	450
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	600
4 Oesterr. Kron.-Rente	33.—	Hann. Masch.	420
4 Ungar. Gold-Rente	[illegible]	Harpener Berg	300
4 Ungar. Kronen-Rente	26.—	Haspe Eisen	370
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	310
Halberstadt-Blankenb.	110.—	Höchster Farbw.	346
Halle-Hettstedter	81.50	Hoesch Eisen u. Stahl	330
Schantungbahn	554.—	Hohenlohe-Werke	1
Allg. Lokal-Str.	137.—	Humboldt-Masch.	210
Gr. Berl. Str.	139.—	Ilse-Bergbau	460
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kahla-Porzellan	1
Lux. Prinz Heinrich.-B.	600.—	Kaliw. Aschersleben	419.75
Orientbahn	250.—	Körbisd. Zucker-Akt.	290
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	220
Hambg. Paketfahrt	208.75	Lahmeyer u. Co.	230
Hambg.-Südamerika	292.—	Laurahammer	321
Hansa-Dampfschiff	320.—	Laurahütte	306
Nordd. Lloyd	165 —	Lingel, Erfurt	1
Banken:		Linke u. Hofmann	508
Bank für Thür.	160.—	Ludwig Loewe u. Co.	305
Berl. Handelsges.	224.—	Lothringer Hütte	365
Comm u. Diskontobank	279.—	Mannesmannröhren	382
Darmstädter Bank	146.—	Maschinenfabr. Buckau	310
Deus. Landesbank	122.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	224
Deutsche Bank	359.—	do. Caro Heg.	576
Diskonto-Comm.	221.50	do. Kokewerke	346
Dresdner Bank	184.—	Orenstein u. Koppel	270
Credit-Anst. Leipzig	177.50	Phönix-Bergb.	400
Mitteld. Kreditbank	155.—	Rhein. Metall-Verz.	275
Privat-Bank	171.50	Rhein. Stahlwerken	1
Nationalbank	149.25	Riebeck. Montan.	307
Oesterr. Kredit	113.50	Rombacher Hütten	260
Reichsbank	155.—	Rositzer Braunk.	1
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	249.90
Schultheiss-Brauerei	270.—	Sangerhäuser Masch.	1
Akt. f. Anilin	340.—	Hugo Schneider u. Co	367
Allgem. Elektr.-Ges.	356.—	Schuckert u. Co.	196
Ammendorfer Papierf.	—,—	Siemens u. Halske	318
Anhalter Kohlenw.	276.—	Stettiner Chamotte	303
Annaberger Steingut	340.—	Stettiner Vulkan	1
Badische Anilin	576.—	Stollberger Zinkh.	540
Bergmann-Elekt.-Akt.	236.—	Strals. Spielkarten	1
Berl. Masch.-Bau	359.—	Terra, Samen-A.-G.	433
Bismarckhütte	393.—	Thale-Eisenhütte	1
Bochumer Gußstahl	200.—	Triptis-Akt.-Ges.	—,—
Chem. Fabrik Buckau	235.—	Türkische Tabakregie	1
Chem. Griesheim	301.50	Ver. Köln-Rottweiler	190
Chem. v. Heyden	367.—	Glanzstoff Elberf.	1
Consolidation Schalke	420.—	Wegelin u. Hübner	1
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—	Werch.-Weissenf. Brk.	1
Daimler-Motoren	229.50	Westeregeln-Alkali	1
Deutsch-Luxemburg	31.25	Wittener Gußstahl	1
		Wrede-Mälzerei	149
		Zeitzer Masch.	1
		Zellstoff Waldhof	284
		Otavi-Minen	8.7

Tendenz: matt.

Verantwortlich für Politik: Helmut Göttsche; für politische Nachrichten, Wirtschaft und Sport: Hans Hellung; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Fritz Sellmann. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. Otto Thiele, Druck- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004141-12/fragment/page=0004